

Satzung der politischen Partei „Freie Heimatliche Bewegung“, kurz „FHB“

§ 1 Name und Sitz der Partei

(1) Die Partei führt den Namen „Freie Heimatliche Bewegung“ (Kurzbezeichnung: „FHB“).

(2) Die Partei hat ihren Sitz in Wien. Die Partei entfaltet ihre Tätigkeit in Österreich und Europa. Die Partei kann für die Bundesländer Landesorganisationen und/oder länderübergreifende Regionalorganisationen mit eigenem Statut, die ihrerseits Unterorganisationen wie Bezirksorganisationen, Ortsgruppen und Wahlkreisorganisationen vorsehen können, errichten. Die Landes- bzw Regionalstatuten bedürfen der Zustimmung des Vorstandes der Bundesorganisation

§ 2 Zweck der Partei

Der Zweck der Partei liegt darin, durch ihre Tätigkeit die staatliche Willensbildung, insbesondere durch Teilnahme an Wahlen zu den allgemeinen Vertretungskörpern in Österreich und dem Europäischen Parlament auf der Basis der Österreichischen Bundesverfassung und der Prinzipien von Fairness, Transparenz und Wahrheit umfassend zu beeinflussen.

Die Hauptziele der Partei liegen auf der nationalen Ebene im Erhalt der nationalen Identität, in der Wahrung des Gedankens an Heimat sowie in der Aufrechterhaltung eines fairen Sozialsystems für alle österreichischen Staatsbürger. Weitere Ziele sind der Erhalt unserer abendländischen Kultur, unserer Bräuche und unserer Religion, sowie die Rückführung zur traditionellen Familie im Sinne von „Vater-Mutter-Kinder“ und der Schutz aller Staatsbürger, vor allem unserer Kinder.

Ebenfalls ist es der Partei ein Anliegen der fortschreitenden Islamisierung entgegen zu wirken und jegliche Art von religiösem Fanatismus zu verurteilen.

Auf der europäischen Ebene liegen die Hauptziele der Partei in der Sicherstellung eines friedlichen und wirtschaftlich starken Europas der Heimatländer und in der Zurückdrängung der zunehmend zentralistischen Strukturen der Europäischen Union bis hin zum Austritt aus selbiger.

Die Ziele der Partei können in einem Parteiprogramm näher definiert werden.

§ 3 Eintritt der Mitglieder

(1) Mitglieder der Partei können natürliche und juristische Person werden, natürliche Personen, soweit sie das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben.

(2) Die Mitgliedschaft entsteht durch den Eintritt in die Partei.

(3) Der Beitritt ist schriftlich zu erklären.

(4) Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Der Eintritt wird mit einer schriftlichen Annahmeerklärung wirksam. Der Eintritt des Finanzreferenten und des Geschäftsführers in die Partei erfolgt durch deren Bestellung durch den Obmann.

(5) Ordentliche Mitglieder haben das Recht, am jährlichen Bundesparteitag teilzunehmen und bei etwaigen Abstimmungen oder Wahlen an diesem Tag von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen.

§ 4 Austritt der Mitglieder

(1) Mitglieder sind zum jederzeitigen Austritt aus der Partei berechtigt.

(2) Der Austritt ist dem Vorstand schriftlich zu erklären. Die Mitgliedschaft endet auch durch Tod des Mitglieds oder Auflösung der juristischen Person. Die Mitgliedschaften des Finanzreferenten und des Geschäftsführers enden automatisch durch deren Abberufung durch den Obmann.

§ 5 Ausschluss von Mitgliedern

(1) Die Mitgliedschaft endet außerdem durch Ausschluss.

(2) Der Ausschluss aus der Partei ist aus wichtigem Grund zulässig, insbesondere, wenn das Mitglied ein Verhalten setzt, das geeignet ist, das Ansehen der Partei zu schädigen oder den Ehrenkodex der Partei verletzt. Ein Ausschlussgrund liegt auch dann vor, wenn das Mitglied die Grundwerte der Partei gemäß § 2 der Statuten verletzt oder andere Pflichten der Mitgliedschaft nicht erfüllt. Sollte das ausgeschlossene Mitglied ein politisches Mandat in einem allgemeinen Vertretungskörper bekleiden, erwartet die Partei die unverzügliche Zurücklegung des Mandates.

Eine Verpflichtung dazu ist aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht zulässig.

(3) Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand.

§ 6 Finanzierung

(1) Es ist ein Mitgliedsbeitrag zu leisten.

(2) Seine Höhe bestimmt das Bundespräsidium.

(3) Der Beitrag wird jährlich im Voraus entrichtet. Im Eintrittsjahr wird die Höhe des Betrags anteilig auf das Restjahr berechnet, wobei der Eintrittsmonat voll eingerechnet wird.

(4) Die Finanzierung erfolgt darüber hinaus durch Interessensbeiträge, Zuwendungen nach dem Parteiengesetz, Beiträge von Mandataren und Funktionären nach Vorstandsbeschlüssen, Spenden, Erträge von Veranstaltungen und Drucksorten sowie durch Kredite. Sämtliche Einnahmen dienen zur Deckung der politischen Arbeit.

§ 7 Organe der Partei

Organe der Partei sind

a) der Obmann und sein Stellvertreter

b) der Vorstand

c) das Bundespräsidium

d) die Rechnungsprüfer

e) das Schiedsgericht

§ 8 Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus dem Obmann, seinem Stellvertreter, dem Finanzreferenten, dem Generalsekretär sowie dem Bundesgeschäftsführer.

(2) Die Partei wird nach außen vom Obmann alleine vertreten. Im Fall einer Verhinderung des Obmannes wird die Partei von seinem Stellvertreter vertreten. Im Fall der Verhinderung des Obmannes und seines Vertreters wird die Partei vom Finanzreferenten vertreten, ansonsten vom ältesten Parteimitglied. Der Finanzreferent wird vom Obmann bestellt und abberufen. Seine Aufgabe liegt in der Führung der Finanzgebarung der Partei. Der Obmann kann dem Finanzreferenten alleinige oder gemeinsame Geschäftsführungsbefugnis und / oder Bankvollmacht erteilen.

(3) Der Vorstand wird durch Beschluss des Bundesparteitags auf die Dauer von 2 Jahren bestellt. Er bleibt bis zur satzungsgemäßen Bestellung des nächsten Vorstands im Amt, es sei denn, er tritt vorzeitig zurück. Dem Vorstand obliegen die Leitung der Partei, die Vorbereitung und Leitung der Mitgliederversammlung, die Aufstellung der Kandidatenliste für allgemeine Vertretungskörper (zB Nationalratswahl) und die Aufsicht über die gesamte Parteitätigkeit. Ihm kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Satzung einem anderen Organ zugewiesen sind. Der Vorstand ist auch berechtigt, Beiräte im Sinn von § 17 der Satzung einzusetzen. Der Obmann kann zu seiner Unterstützung einen Parteigeschäftsführer bestellen, aber auch jederzeit abberufen.

(4) Der jeweilige Obmann ist berechtigt, für den Fall seines Ausscheidens aus der Partei aus welchem Grund auch immer, zu Lebzeiten eine Person aus dem Kreis der Mitglieder zu bestimmen, die bis zur Wahl eines neuen Obmannes mit allen Rechten und Pflichten, die mit der Funktion des Obmannes verbunden sind, an die Stelle des ausscheidenden Obmannes tritt.

(5) Der Vorstand entscheidet über die finanziellen Gebaren, die Teilnahme an Wahlen, die politische Positionierung der Partei, Vorbereitungen von Satzungsänderungen, Vorbereitung des Bundesparteitags, die Höhe des Mitgliedsbeitrags, die Aufnahme und den Ausschluss von Mitgliedern

§9 Bundespräsidium

(1) Das Bundespräsidium setzt sich aus dem Vorstand und, wenn von diesem ernannt aus den Landessprechern und Bundesländer-Obmännern zusammen.

(2) Das Bundespräsidium entscheidet über die finanziellen Gebaren , die Teilnahme an Wahlen, die politische Positionierung der Partei, Vorbereitungen von Satzungsänderungen, Vorbereitung des Bundesparteitags, die Höhe des Mitgliedsbeitrags, die Aufnahme und den Ausschluss von Mitgliedern

§ 10 Einberufung und Aufgaben des Bundesparteitags

(1) An der Gründungsversammlung sind alle vom Proponentenkomitee zugelassenen Personen stimmberechtigt.

(2) Der Bundesparteitag ist einzuberufen, wenn es das Interesse der Partei erfordert, jedoch mindestens einmal jährlich.

(3) Dem Bundesparteitag sind folgende Aufgaben vorbehalten:

Entgegennahme der Tätigkeitsberichte der sonstigen Parteiorgane; Wahl, Bestellung und Enthebung der Mitglieder des Vorstandes (mit Ausnahme des Finanzreferenten) und der Rechnungsprüfer nach Ablauf der jeweiligen Periode; Entlastung des Vorstandes und der Rechnungsprüfer; Verleihung und Aberkennung allfälliger Ehrenmitgliedschaften; Beschlussfassung über Satzungsänderungen und die freiwillige Auflösung der Partei; Beratung und Beschlussfassung über sonstige vom Vorstand auf die Tagesordnung gesetzte Angelegenheiten; Beschlussfassung über ein Parteiprogramm, Genehmigung des Rechnungsabschlusses.

§ 11 Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Die Mitglieder sind berechtigt, nicht aber verpflichtet an den Veranstaltungen der Partei persönlich teilzunehmen, das Stimmrecht beim Bundesparteitag auszuüben, über die Parteiaktivitäten informiert zu werden und an der Willensbildung und politischen Tätigkeit der Partei mitzuwirken. Die Mitglieder haben den vom Vorstand festgesetzten Mitgliedsbeitrag zu entrichten.

(2) Jedes Mitglied ist berechtigt, vom Vorstand die Ausfolgung der Satzung zu verlangen.

(3) Mindestens die Hälfte der Mitglieder kann vom Vorstand die Einberufung eines außerordentlichen Bundesparteitags verlangen.

(4) Die Mitglieder sind in jeder ordentlichen Mitgliederversammlung vom Bundespräsidium über die Tätigkeit und die finanzielle Gebarung der Partei zu informieren.

(5) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen der Partei nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck der Partei Abbruch erleiden könnte. Sie haben die Parteisatzung und die Beschlüsse der Organe zu beachten.

(6) Die Mitglieder sind zur pünktlichen Zahlung der Mitgliedsbeiträge in der von der Mitgliederversammlung beschlossenen Höhe verpflichtet.

§ 12 Form der Einberufung

(1) Der Bundesparteitag ist vom Vorstand schriftlich unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen, bei Gefahr in Verzug binnen drei Tagen, einzuberufen.

(2) Die Einberufung des Bundesparteitags muss den Gegenstand der Beschlussfassung und die Tagesordnung bezeichnen.

(3) Die Frist beginnt mit dem Tag der Absendung der Einladung an die letzte bekannte Mitgliederanschrift. Die Einladung kann auch per Email erfolgen. Der Vorstand ist berechtigt, anstelle von individuellen Einladungen an die Mitglieder, die Einladung auch über das Internetportal der Partei, wenn vorhanden, auszusprechen.

§ 13 Beschlussfähigkeit

(1) Beschlussfähig ist jeder ordnungsgemäß einberufener Bundesparteitag.

(2) Zur Beschlussfassung über die Auflösung der Partei ist die Anwesenheit von zwei Drittel der Parteimitglieder erforderlich. Der Auflösungsbeschluss bedarf einer Mehrheit von zwei Drittel der gültig abgegebenen Stimmen.

(3) Ist eine zur Beschlussfassung über die Auflösung der Partei einberufene Versammlung nach Absatz 2 nicht beschlussfähig, so ist nach Ablauf von zwei Wochen seit dem Versammlungstag eine weitere Mitgliederversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen.

(4) Die Einladung zu der weiteren Versammlung hat einen Hinweis auf die erleichterte Beschlussfassung (Absatz 5) zu enthalten.

(5) Die neue Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

§ 14 Beschlussfassung

(1) Es wird offen abgestimmt, es sei denn, der Bundesparteitag, bzw. das Bundespräsidium beschließen über Antrag von zwei Drittel der stimmberechtigten Mitglieder eine geheime Abstimmung.

(2) Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen. Eine Stimmenthaltung gilt als ungültig abgegebene Stimme. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Obmann bzw. seines Stellvertreters.

§ 15 Beurkundung und Versammlungsbeschlüsse

(1) Über die beim Bundesparteitag gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift aufzunehmen.

(2) Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden des Bundesparteitags zu unterschreiben. Wenn mehrere Vorsitzende tätig waren, unterzeichnet der letzte Versammlungsleiter die ganze Niederschrift.

(3) Jedes Mitglied ist berechtigt, die Niederschrift einzusehen.

§ 16 Die Rechnungsprüfer

Die zwei Rechnungsprüfer werden vom Bundesparteitag auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich. Den Rechnungsprüfern obliegen die laufende Gebarungskontrolle und die Überprüfung des Rechnungsabschlusses. Sie haben dem Bundesparteitag über das Ergebnis der Überprüfung zu berichten.

§ 17 Das Schiedsgericht

Zur Schlichtung aller parteiinternen Streitigkeiten ist das Schiedsgericht berufen. Es wird derart gebildet, dass ein Streitteil dem Bundespräsidium ein Mitglied des Schiedsgerichts als Schiedsrichter schriftlich namhaft macht. Über Aufforderung durch das Bundespräsidium binnen sieben Tagen macht der andere Streitteil innerhalb von 14 Tagen seinerseits ein Mitglied des Schiedsgerichtes namhaft.

Nach Verständigung durch das Bundespräsidium innerhalb von sieben Tagen wählen die namhaft gemachten Schiedsrichter binnen weiterer 14 Tage ein drittes Mitglied des Schiedsgerichts zum Vorsitzenden des Schiedsgerichtes. Sofern sich die beiden Schiedsrichter nicht über die Person des dritten Mitglieds des Schiedsgerichts nicht fristgerecht einigen können, wird dieses vom Obmann bestellt. Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind endgültig.

§ 19 Beiräte

(1) Das Bundespräsidium der Partei ist berechtigt, für bestimmte Fachbereiche Beiräte einzusetzen. Jeder Beirat besteht aus einem Beiratsvorsitzenden und allfälligen weiteren Beiratsmitgliedern.

(2) Die Beiräte beraten und unterstützen das Bundespräsidium in seiner gesamten Tätigkeit. Die Mitglieder der Beiräte müssen nicht Parteimitglieder sein.

§ 20 Auflösung der Partei

(1) Die Partei kann durch den Beschluss des Bundesparteitags aufgelöst werden.

(2) Die Liquidation erfolgt durch das Bundespräsidium.

(3) Das Parteivermögen wird nach Parteiauflösung vom Bundespräsidium verwaltet. Parteispenden werden, sofern sie

im Vermögen der Partei Deckung finden, an den jeweiligen Spender zurückgeführt. Das dann verbleibende Parteivermögen wird gemeinnützigen Zwecken zugeführt.

§ 21 Geschlechtsneutrale Bezeichnung

Sämtliche in dieser Satzung verwendete Bezeichnungen natürlicher Personen sind geschlechtsneutral zu verstehen.